

Anlage 1 zur Niederschrift (SKSA 24.03.2022)

Anlage zu TOP 4 bzw. TOP 2.2. und 1.2. der Sitzung des SKSA am 24.03.22

Die zuständige Dezernentin teilt mit:

1. Abweichend bzw. ergänzend zu den in der letzten Sitzung benannten neuen Pakt- und Profilschulen konnte die Steinrehschule in Mühlthal, die letzte Grundschule bzw. Grundstufe einer Förderschule in der Trägerschaft des Landkreises, nach gewissenhafter Prüfung der Bedingungen zur Einrichtung einer Mittagsversorgung nun doch noch in den PfdN aufgenommen werden und auch deren Sek.I in das Profil I.

Damit sind jetzt 55 von potentiellen 60 Schulen im PfdN.

Die Betreuung DaDi gGmbH hat dazu eine Übersicht über die sieben- bzw. achtjährige Entwicklung des PfdN vorgelegt.

Schuljahr	Anzahl der Schulen	Zahl der am PfdN teilnehmenden SuS
2015/16	5	298
2016/17	8	804
2017/18	13	1333
2018/19	20	2341
2019/20	30	3254
2020/21	46	5139
2021/22	51	5628
2022/23	55	6360

D.h. zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist kein Rückgang der Nachfrage aufgrund gestiegener Gebühren erkennbar.

2. Diese „Erfolgsgeschichte“ des Paktes ist eine der wesentlichen Gründe für die dringende Notwendigkeit, die **Finanzierung des Ganztags grundsätzlich** zu klären.

Die jetzt von der Gesellschafterversammlung der Betreuung DaDi gGmbH (= Kreisausschuss) beschlossene Erhöhung der Elterngelder ist auch die Folge einer immer noch ausstehenden Klärung der Gesamtfinanzierung.

Der Pakt wird zu unterschiedlichen Teilen vom Land und Kommunen finanziert, ob und in welcher Höhe Elterngelder genommen werden dürfen oder müssen, ist unklar. Der Landkreis hatte sich 2015 entschieden, eine Elterngeldgebühr von 50 Euro pro Monat zu erheben, bei einem gleichzeitigen Landkreiszuschuss von ca. 100 Euro/ Jahr – ca., weil es damals eine an der Betreuungsquote orientierte Gruppenfinanzierung gab.

2020 wurden sowohl der Elternbeitrag auf 60 Euro/Monat als auch der Landkreiszuschuss auf 350 Euro pro Kind und Jahr erhöht. D.h. das ursprüngliche Budget von (300 Kindern x 100 Euro =) 30.000 Euro im Jahreshaushalt würde jetzt bei 6360 Kindern (x 350 Euro) auf 2,22 Mio. Euro steigen. Diese enorme Kostensteigerung abzufedern, ist das Ziel der Elterngelderhöhung.

Wie aus der Begründung des Antrags der FW/UWG hervorgeht, wird diese Erhöhung um 33% für „nicht angemessen“ und „übergroß“ angesehen, was vordergründig plausibel erscheint. Hätte man aber den seinerzeit zu niedrig angesetzten Beitrag von 50 Euro – aus den Betreuenden Grundschulen waren die Eltern Beiträge bis zum Dreifachen gewöhnt! - stufenweise um jährlich 5 Euro dynamisiert, wäre man jetzt genau bei 80 Euro angelangt.

Schulleitungen, Träger und Eltern haben in verschiedenen Stellungnahmen ihre Bedenken geäußert, z. T. mit Argumenten, wie sie jetzt auch in der Antragsbegründung vorkommen. Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit könnten eingeschränkt werden, wenn (geschätzt) 10 % nicht mehr am Pakt teilnehmen können. Hier werden zurzeit „in gemeinsamen Beratungen... Wege gesucht werden“, das zu verhindern – genauso wie es in der Beschlussvorlage vorgeschlagen wird.

Das Modul B könnte in Gefahr kommen, obwohl dessen Preis von 70 Euro konstant blieb - hier enthält die Begründung einen Denkfehler! Hierzu sind Gespräche mit den Bürgermeistern geplant, da es um Standortvorteile geht – ohne allerdings die Vergleichbarkeit gefährden zu wollen.

Auf den ersten Blick richtig erscheint auch, dass die „Eltern während der Schulschließungen durch die Pandemie 50 % der Kosten im PfdN getragen haben, ohne dafür Leistungen“ erhalten zu haben. Aber auch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Die „Leistung“ des Schulträgers bestand darin, mit seinen 50 % die Struktur des Ganztags aufrechterhalten zu haben, also Schulbusunternehmen, Caterer und Arbeitsplätze des Betreuungspersonals; und der Ganztags war zu keiner Zeit geschlossen, auch wenn an das Verantwortungsbewusstsein appelliert wurde, sein Kind nur im äußersten Notfall in die Betreuung zu schicken, so dass die Gruppen klein und unvermischt bleiben konnten.

Für die Mandatsträger unter Ihnen bzw. die öffentliche Diskussion hat das Büro des EB ein Argumentationspapier angefertigt, das ich diesem Bericht anfüge.

Die sehr zahlreichen Elternbriefe beantworte ich zurzeit individuell, nicht zuletzt um der von vielen genannten Politikverdrossenheit angesichts der vermeintlichen Ohnmacht entgegenzuwirken. Ich bestätige dabei den Eltern, dass gerade der Austausch mit ihnen in der Öffentlichkeit dazu führen wird, dass die gesellschaftliche Relevanz des Ganztags zunehmend klarer gesehen wird, damit die Bereitschaft aller wächst, seine Kosten zu tragen und sie nicht auf die jungen Familien abzuwälzen.

Margarete Sauer,
ehrenamtliche Kreisbeigeordnete
Dezernat „Betreuungsangebote an Schulen“